

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/036(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag, 07.04.2022	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	20:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.03.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Sachstand Intel
BG VI
- 6 Lenkungsausschuss Buckau
Amt 61
- 7 Denkmale und verwaarloste Immobilien
Amt 61, FB 67
- 8 Beschlussvorlagen

8.1	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Am Kiebitzpfuhl von Am Kiebitzpfuhl bis Am Neustädter Feld“ FB 62	DS0048/22
8.2	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Ackerstraße von Am Fuchsberg bis Leipziger Straße“ FB 62	DS0049/22
8.3	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Johannes- Göderitz- Straße von Scharnhorstring bis Johannes- Göderitz- Straße“ FB 62	DS0050/22
8.4	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Alt Benneckenbeck von Stadtweg bis Ende der Bebauung“ FB 62	DS0058/22
8.5	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan Nr. 252-3 "Berliner Chaussee 1-7/Biederitzer Weg" Amt 61	DS0440/21
8.6	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 252-3 "Berliner Chaussee 1-7/Biederitzer Weg" Amt 61	DS0441/21
8.7	Variantenentscheidung zum provisorischen/atypischen barrierefreien Ausbau der Haltestellen Kroatenweg Amt 61	DS0045/22
8.8	Variantenentscheidung zum provisorischen/atypischen Ausbau der Haltestelle Halberstädter Straße/ Leipziger Straße Amt 61	DS0047/22
9	Anträge	
9.1	Schallschutzwand für den Jugendtreff Hallenhausen Fraktion DIE LINKE	A0211/21
9.1.1	Schallschutzwand für den Jugendtreff Hallenhausen FB 67	S0486/21
9.2	Europäische Mobilitätswoche Fraktion GRÜNE/future!	A0006/22
9.2.1	Europäische Mobilitätswoche Fraktion DIE LINKE	A0006/22/1
9.2.2	Europäische Mobilitätswoche VI/04	S0055/22

9.3	Wärmeplanung für Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0032/22
9.3.1	Wärmeplanung für Magdeburg VI/04	S0072/22
9.4	Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität in den Stadtteilen SPD-Stadtratsfraktion	A0206/21
9.4.1	Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität in den Stadtteilen Amt 66	S0060/22
9.5	Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Stadtfeld Ost SPD-Stadtratsfraktion	A0250/21
9.5.1	Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Stadtfeld Ost Amt 61	S0076/22
9.6	Abriss des SWM-Stromverteilerhauses am Eiskellerplatz Fraktion DIE LINKE/CDU-Ratsfraktion	A0013/22
9.6.1	Abriss des SWM-Stromverteilerhauses am Eiskellerplatz Amt 61	S0045/22
9.7	Konkreter Maßnahmen-/Umsetzungsplan für Sudenburg Fraktion DIE LINKE	A0014/22
9.7.1	Konkreter Maßnahmen-/Umsetzungsplan für Sudenburg Amt 61	S0046/22
9.8	Aufstellung von Wartehäuschen an der neu eröffneten Straßenbahnstrecke im Kannenstieg SPD-Stadtratsfraktion	A0252/21
10	Informationen	
10.1	Umsetzungsstand Klimabaumallee Europaring Amt 66	I0019/22
10.2	Elberadweg Abschnitt Klosterberggarten Teilrückbau, sowie Umgestaltung und Neuanbindung eines Gehweges Amt 66	I0044/22
10.3	Finanzierung der Baumaßnahme "Grundhafte Instandsetzung Geh- u. Radwegbrücke am Cracauer Wehr" (Wasserfallbrücke) Amt 66	I0224/21
10.4	Regionaler Entwicklungsplan (REP) Entwurf Sachlicher Teilplan – Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur Amt 61	I0021/22

10.5	Sachberichte der Geschäftsstraßen- und Stadtteilmanager/- innen für das Jahr 2021 Amt 61	I0037/22
10.6	Magdeburger Standard - Prioritätenliste - Herstellung barrierefreier Straßenbahnhaltestellen Amt 61	I0047/22
10.7	Neugestaltung des Platzensembles Alter Markt in Magdeburg Amt 61	I0051/22
11	Verschiedenes	
12	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

René Hempel

Madeleine Linke

Christian Mertens

Reinhard Stern

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Burkhard Moll

Frank Schuster

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er verweist auf die fristgerechte Ladung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmung: 5-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 03.03.2022

Abstimmung: 4-0-1

4. Einwohnerfragestunde

Ein anwesender Bürger erkundigt sich allgemein nach geplanten Baugebieten in der Stadt.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** hinterfragt eine mögliche gezieltere speziellere Richtung (Gebietseingrenzung).

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** verweist auf die Internethomepage der Stadt und dort hinterlegten Verfahrensständen zu Bebauungsplänen.

5. Sachstand Intel

Herr Dr. Lerm erläutert die Zeitschiene zum Flächennutzungsplan bzw. Bebauungsplan „Eulenberg“.

Herr Rehbaum führt zu einer sich im Aufbau befindender verwaltungsübergreifenden Arbeitsgruppe aus (Dez. III und Dez. V).

Stadtrat Stern fragt wie das Land sich zur Intel-Ansiedlung strukturiert habe.

Dem Beigeordneten liegt dazu nichts vor und er kann dazu nichts mitteilen.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf feste Ansprechpartner beim Land für die Intel-Ansiedlung. Die Kommunikation dazu laufe bereits.

Herr Dr. Lerm verweist auf die im Vorfeld der Bewerbung bereits geklärten/beantworteten wesentlichen Fragen (Verkehr, Infrastruktur, Wohnen).

Über die regionale Planungsstelle wurden alle Planungen angepasst. Eine Studie zu den Wohnbaupotenzialen befindet sich neu in der Bearbeitung.

Herr Rehbaum verweist auf ein grundsätzliches Potenzial an Wohnungsbaustandorten/ Bebauungspläne (erteilte Baugenehmigungen/Planungsunterlagen) am Markt. Damit könne der Bedarf von Intel auch in der letzten Bauphase noch gedeckt werden.

Stadtrat Stern verweist auf eine erhebliche Zunahme von erteilten Baugenehmigungen im Umland und verweist auf die Preisvorteile im Umland. Er hätte gern eine Übersicht/Liste dazu im Ausschuss vorgestellt bekommen um eine Betrachtung auf gleicher „Augenhöhe“ mit dem Umland zu führen.

Die vom Beigeordneten erläuterten Vorgehensweise kann er nicht nachvollziehen, er vermisst hier ein erforderliches energischeres Handeln der Verwaltung.

Herr Rehbaum verweist auf die "kontrollierte" Ausweisung von Wohnbaugebieten die lediglich durch Beachtung der Ziele der Raumordnung gemäß Landesentwicklungsplan und Regionalem Entwicklungsplan erfolgt.

Die Verwaltung arbeite sehr intensiv an den bevorstehenden Aufgaben, stellt der **Beigeordnete Herr Rehbaum** klar. Eine sachlich ruhige Erläuterung des aktuellen Sachstandes bedeute doch nicht, dass keine intensiven Arbeiten im Hintergrund erfolgten.

Stadträtin Linke spricht sich für mehr innerstädtische Nachverdichtung durch Geschosswohnungsbau, Mehrfamilienhausbebauung oder Reihenhausbebauung aus.

Stadtrat Hempel teilt die „Ruhe“ der Verwaltung ebenfalls nicht und verweist auf die Erfahrungen hinsichtlich von Schulneubauten.

Für den gesamten Wohnbedarf (EFH, MFH) in Bezug auf Intel besteht ein Zeitfenster, bis wann der Wohnraum da sein muss. Hier sind auch andere Wohnformen gefragt.

Herr Rehbaum stellt klar, dass er grundsätzlich kein Typ sei, der Unruhe verbreite. Mit Augenmerk, Disziplin und Klarheit werden die erforderlichen Dinge angegangen. Neben der großen Linie die der Oberbürgermeister mit dem Dez. III vorgeben, gibt es Arbeitsgruppen und Arbeitskreise, die sich bereits u.a. mit der medientechnischen Infrastruktur, Schul-/Kitaplanung sowie Wohnungsplanung befassen. Durch die AG Wohnbauland werden seit Jahren Wohnbaupotenziale erfasst.

Stadtrat Dr. Grube wünscht sich zukünftig einen Zeitplan/Zeitschiene/Meilensteine der Entscheidungsfindung. Er geht auf Ableitungen bzw. Überarbeitung des ISEK ein sowie die Anpassung der Schulentwicklungsplanung.

Stadtrat Stage findet einen Zeitplan gut sowie hilfreich und verweist auf den dynamischen Prozess hier.

Herr Rehbaum verweist auf die Freigabe der Informationen hinsichtlich des Strukturaufbaus nach Ostern.

Mit der Gemeinde Sülzetal sei man im Gespräch in Bezug auf die Anpassung der Bebauungspläne.

Im ISEK sei das Wohnbaupotenzial enthalten und noch „Luft nach oben“.

Die Schulentwicklungsplanung sowie die Sozialplanung werden bereits dementsprechend von Dez IV und V überarbeitet und angepasst.

Abschließend bittet **Stadtrat Dr. Grube** um eine Zeitplanung zu den Brückensanierungen die sich südlich vom ZOB befinden.

Herr Rehbaum verweist auf ein Gesamtgutachten für den Magdeburger Ring, dass im III Quartal 2022 vorgelegt werde. Die Prioritäten liegen jetzt zunächst bei der Albert-Vater-Straße und Sudenburger Wuhne.

6. Lenkungsausschuss Buckau

7. Denkmale und verwahrloste Immobilien

8. Beschlussvorlagen

- 8.1. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Am Kiebitzpfuhl von Am Kiebitzpfuhl bis Am Neustädter Feld“
Vorlage: DS0048/22
-

Herr Kottke bringt die TOP 8.1 – TOP 8.4 ein und verweist auf den inhaltlich gleichen Sachverhalt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (6-0-0)** den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV067-036(VII)/22**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Entwässerung in der Verkehrsanlage „Am Kiebitzpfuhl von Am Kiebitzpfuhl bis Am Neustädter Feld“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 8.2. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Ackerstraße von Am Fuchsberg bis Leipziger Straße“
Vorlage: DS0049/22
-

Stadtrat Stern geht auf die Erbringung der Leistung im Jahr 2020 ein. Er erkundigt sich in dem Zusammenhang nach Bauleistungen die vor dem Jahr 2020 erbracht wurden und verweist auf die Verjährungsfrist.

Herr Kottke erläutert die Abarbeitung unter Betrachtung einer möglichen Verjährung. Bei Vorlage der vollständigen Unterlagen werde eine entsprechende Beschlussvorlage erstellt und zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (6-0-0)** den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV068-036(VII)/22**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtung Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Ackerstraße von Am Fuchsberg bis Leipziger Straße“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 8.3. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Johannes- Göderitz- Straße von Scharnhorstring bis Johannes- Göderitz- Straße“
Vorlage: DS0050/22
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (6-0-0)** den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV069-036(VII)/22**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Johannes-Göderitz-Straße von Scharnhorstring bis Johannes-Göderitz-Straße“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 8.4. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Alt Benneckenbeck von Stadtweg bis Ende der Bebauung“
Vorlage: DS0058/22
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (6-0-0)** den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV070-036(VII)/22**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Alt Benneckenbeck von Stadtweg bis Ende der Bebauung“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 8.5. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum
Bebauungsplan Nr. 252-3 "Berliner Chaussee 1-7/Biederitzer
Weg"
Vorlage: DS0440/21
-

Stadtrat Stern erklärt sich für befangen.

Herr Wiesmann bringt die beiden Beschlussvorlagen zum Bebauungsplan Berliner Chaussee 1-7 zusammenhängend ein.

Er begründet die Zeitdauer des Verfahrens mit der länger dauernden Suche nach einem geeigneten Gebiet für die externen Ausgleichspflanzungen in der Nähe des Eingriffs. Der Ersatz erfolgt nun auf dem Parkplatz der MDCC-Arena und dem Messeparkplatz am Elbauenpark. Die Änderungsanträge wurden bereits zur Auslegung berücksichtigt und von den Gremien und dem Stadtrat beschlossen. Gegenüber dem Entwurf wurden zur Satzung keine grundsätzlichen Änderungen vorgenommen.

Stadtrat Mertens hinterfragt den aktuellen Stand in Bezug auf die Forderungen der Bürgerinitiative. Sind die Initiatoren in letzter Zeit noch einmal an die Verwaltung herangetreten? Aktuell nicht, teilt **Herr Wiesmann** mit.

Der Häuserriegel entlang der Berliner Chaussee, wie von der einen Bürgerinitiative gewünscht, könne so nicht umgesetzt werden. Wie **Stadtrat Dr. Grube** bei dem Beschluss der Änderungen feststellte, wären dann die Bewohner im Hausriegel sowohl von der Berliner Chaussee als auch durch den Spielplatz vom Lärm betroffen. Als Kompromiss erhält der Querriegel einen begrünten terrassenförmigen Einschnitt.

Stadtrat Stage verweist auf 2 sich widersprechende Bürgerinitiativen. Er findet die Anregungen/Ziele des StBV sind mit eingeflossen und der Beschlussvorlage könne somit zugestimmt werden.

Stadtrat Hempel geht auf die Belange einer Bürgerinitiative ein. Der gefundene Kompromiss könne so mitgetragen werden. Eine gute Balance zur Bürgerbeteiligung sei erfolgt und gelungen.

Stadtrat Dr. Grube schließt sich den gemachten Ausführungen voll umfänglich an. Ein Teil der Bürgerinitiative die sich abgespalten habe, wollte alles nochmals betrachten und aufheben. Der gefundene Kompromiss sei eine gute Lösung.

Stadträtin Linke findet die Kompromisslösung gut und zustimmungsfähig.

Abstimmung zur DS0440/21: 5-0-0 (1)

- 8.6. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 252-3 "Berliner Chaussee 1-
7/Biederitzer Weg"
Vorlage: DS0441/21
-

Abstimmung zur DS0441/21: 5-0-0 (1)

- 8.7. Variantenentscheidung zum provisorischen/atypischen
barrierefreien Ausbau der Haltestellen Kroatenweg
Vorlage: DS0045/22
-

Herr Schröter bringt die Beschlussvorlage ein.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für die Beschlussvorlage aus. Er vermisst die fehlenden Varianten und verweist auf den Titel (Variantenentscheidung) der Beschlussvorlage.

Herr Schröter verweist auf nur eine Variante.

Stadtrat Hempel geht auf die seit 7 Jahren bestehende Beschlusslage zum barrierefreien Haltestellenausbau Westfriedhof ein und berichtet über eine Nachfrage bei der MVB hierzu. Nicht ganz glücklich ist er mit der geplanten Umsetzung der Maßnahme erst im Jahr 2024. Der Beschlussvorlage werde er aber zustimmen.

Stadträtin Linke verweist auf die Dringlichkeit die gegeben sei und geht auf das Sozialamt in dem Bereich sowie den Busumstieg in Richtung Ottersleben ein. Sie begrüßt die Berücksichtigung der Rad- und Gehwegsituation.

Stadtrat Stern treibt die Höhe der Bordsteine um. Der ganze Bereich müsse angegangen werden.

Herr Rehbaum verweist auf eine mit der MVB abgestimmte Umsetzung der Maßnahme.

Abstimmung zur DS0045/22: 6-0-0

8.8. Variantenentscheidung zum provisorischen/atypischen Ausbau der Haltestelle Halberstädter Straße/ Leipziger Straße
Vorlage: DS0047/22

Herr Schröter erläutert die Beschlussvorlage.

Stadträtin Linke geht auf den Abwägungsprozess ein. Nur in der Leipziger Straße soll zunächst ein Haltstellenpaar gebaut werden, stellt sie fest. Wann erfolgt dies an der Halberstädter Straße?

Des Weiteren geht sie auf die unterschiedlichen Radwegbreiten ein (südlicher Bereich 1 Meter, nördlicher Bereich 1,5 Meter).

Herr Schröter verweist auf die vorhandenen Gegebenheiten. Im Gleisbau gebe es keine Änderung. Die angehobene Fahrbahn werde als Radweg mit genutzt.

Der Ausbau der Halberstädter Straße erfolgt ab 2034 im Rahmen der Priorität 4.

Stadtrat Stern fragt was unter „atypisch“ zu verstehen sei.

Herr Schröter verweist auf eine Abweichung vom Magdeburger Standard. Die provisorische Haltestelle werde in verkürzter Form gebaut. Normalerweise beträgt die Länge der Haltestelle 50,00 m zzgl. Rampen.

Dieses treffe nur für den Ausbau von provisorischen Haltestellen zu, fragt **Stadtrat Stage** nach. Ja, antwortet daraufhin **Herr Schröter**.

Stadtrat Hempel weis nicht wie er mit der Beschlussvorlage umgehen soll und ist ratlos. Die Realität passe damit nicht in die entstehende Umstiegssituation in diesem Knotenbereich. Beispielhaft schildert er: „Wenn eine Omi (Rollatornutzung) an der barrierefrei ausgebauten Haltestelle Leipziger Straße umsteigt um an der Halberstädter Straße wieder einzusteigen hat sie ein Problem“. Die Haltestelle an der Halberstädter Straße ist nicht barrierefrei. Dieses sei keine akzeptable Lösung für einen Umstiegsknoten, kritisiert er.

Dazu nachfragend möchte **Stadtrat Stage** wissen, wo die nächste Möglichkeit zum barrierefreien Umstieg bestehe.
Die nächste Möglichkeit bestehe dann am Hasselbachplatz, teilt **Herr Dr. Lerm** mit.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt die Aussage „erhebliche Kosten“. Er kann die Argumentation hinsichtlich der Lichtsignalanlage (LSA) zur Leistungsfähigkeit des Knoten nicht nachvollziehen. Eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit des Knoten für den PKW-Verkehr sieht er durch eine Verringerung von Fahrspuren.

Ein Komplettumbau in ca. 10 Jahren werde nicht mit Einschränkungen für den KFZ-Verkehr verbunden sein, fragt er nach. Wie sollte theoretisch in 10 Jahren die Verkehrsführung aussehen?

Er geht auf die Umprogrammierung des Knoten ein und möchte bis zum Stadtrat die Kosten beziffert haben.

(Siehe Anlage zur Niederschrift.)

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt eine Möglichkeit den barrierefreien Haltestellenausbau für die Halberstädter Straße vorzuziehen.

Herr Schröter verweist auf den geplanten Komplettumbau in 10 Jahren laut Prioritätenliste zur Herstellung barrierefreier Haltestellen.

Stadtrat Stage erkundigt sich nach einem provisorischen Haltestellenausbau an der Halberstädter Straße.

Stadtrat Mertens hinterfragt den Wegfall von dann einer Fahrspur auf der Leipziger Straße.

Stadtrat Hempel verweist auf die Gefahren im Haltestellenbereich durch die durchfahrenden Autos. Er plädiert für eine komplette Herrichtung der Barrierefreiheit am Knoten/Umstiegspunkt und spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Für **Stadtrat Stern** ist die Lösung nicht zufriedenstellend. Die Umstiegsbeziehungen an einem Knoten müssen passen (Leipziger Straße/Halberstädter Straße). Eine Gesamtlösung eventuell in Abschnitten sei für ihn auch vorstellbar.

Stadträtin Linke spricht sich ebenfalls für einen Änderungsantrag aus. Der barrierefreie Haltestellenausbau müsse im Gleichklang/Gleichzeitig erfolgen. Damit werden auch Vorteile verbunden sein.

Stadtrat Dr. Grube werde zustimmen, „lieber eine barrierefreie Haltestelle als keine“, so sein Fazit.

Den Beschluss sehe er für den Autoverkehr auf der Leipziger Straße unproblematisch.

Schleichverkehre gebe es schon jetzt, genauso wie die 1-spurigkeit.

Relevant sei der Ausbau Halberstädter Straße. Bei einem Komplettausbau dürfe die KFZ-Leistung nicht beschränkt werden.

Er hinterfragt noch einmal die Kosten und erwartet eine Zuarbeit zur Fraktionssitzung.

Stadtrat Stage plädiert für die Beschlussvorlage bei gleichzeitiger Kostenaussage.

Er formuliert einen Änderungsantrag.

Herr Schröter verweist darauf, dass die LSA im weiteren Planungsverfahren mit betrachtet werde.

Die Straßenbahnbeschleunigung stadtauswärts Sorge für einen zügigen Abfluss des Straßenverkehrs, dies wurde im Rahmen des 14-Punkte-Programm der MVB zur Vollsperrung der EÜERA eingeführt.

Stadtrat Mertens geht auf den laut Plan entstehenden Engpass (Linksabbieger Halberstädter Straße) ein.

Stadtrat Hempel verweist auf die vorhandene Taktung der Straßenbahn und der damit verbundenen Einordnung des KFZ-Verkehrs.

Stadtrat Dr. Grube geht auf das bereits bestehende Nadelöhr im Kurvenbereich ein. Hier sehe er eine „normale“ Verkehrssituation auf der Leipziger Straße. Problematischer sei die Situation (Leistungsfähigkeit) auf der Halberstädter Straße Richtung Tangente zu sehen. Hier werde es Auswirkungen geben.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Beschlussvorschlag um Punkt 4 zu ergänzen:

4. *Gleichzeitig ist kurzfristig eine Variantenuntersuchung inkl. Kostenschätzung für die Umsetzung der zwei provisorischen/atypischen Haltestellen in unmittelbarer Nähe in der Halberstädter Straße und in den gleichen Haushaltsjahren als Drucksache vorzulegen.*

Abstimmung: 6-0-0

Abstimmung zur DS0047/22: 4-0-2 empfohlen mit Änderungsantrag

9. Anträge

9.1. Schallschutzwand für den Jugendtreff Hallenhausen
Vorlage: A0211/21

Stadtrat Hempel geht auf den Antrag sowie den Vor-Ort-Termin ein. Die heranrückende Wohnbebauung werde für problematisch und als Konflikursache gesehen.

Stadträtin Linke geht auf die herangerückte Wohnbebauung ein. Durch die Lärmschutzwand sollen die vorhandenen Nutzungen weiterhin ermöglicht werden. Durch die Lärmschutzwand werde eine Lärmreduzierung erfolgen sowie eine Gestaltung mit Graffiti ermöglicht. Sie plädiert für eine Zustimmung zum Antrag.

Im Antrag werde das Konfliktpotential dargelegt, so **Herr Schütt**. Anwohnerbeschwerden liegen dem Amt nicht vor. Eine bestandskräftige Baugenehmigung für den Jugendtreff liege vor.

Stadtrat Hempel geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein, die seiner Meinung nach etwas andere Aussage. Die Sicherheit für „Hallenhausen“ muss geklärt werden. Angestautes Konfliktpotenzial sei vorhanden.

Stadtrat Stage fragt sich was uns „geritten“ habe hier ein neues Baugebiet bis an den Jugendtreff zuzulassen. Die Grenzwerte laut TA-Lärm werden eingehalten. Der Errichtung einer Schallschutzwand steht er kritisch gegenüber. Er spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Herr Rehbaum verweist auf den Bestandsschutz der Nutzung.

Herr Schütt geht auf die 2011/2012 genehmigt Wohnhausbebauung ein. Beschwerden hinsichtlich Jugendtreff seien nicht bekannt.

Stadtrat Stern habe in diesem Bereich noch nie Lärm festgestellt. Im Bebauungsplanverfahren wurden keine Probleme angezeigt. In der Stadt gebe es viel schwierigere Konfliktpunkte die geregelt werden müssten. Er hält das Problem für überspitzt/übertrieben dargestellt. Die Stellungnahme der Verwaltung sei gut. Im Übrigen müsse Kinder- und Jugendlärm akzeptiert werden, stellt er noch einmal klar.

Er verweist er auf die 24 Mio. € Defizit im Haushalt der Stadt und geht auf die dargelegte Finanzierung aus konsumtiven Mittel zu Lasten Streetworker ein.

Stadtrat Dr. Grube fragt, ob es zielführend sein kann eine dreiseitige Abschottung (u-förmig) für einen Jugendtreff zu errichten. Dieses kann keine ernsthafte Lösung sein.

Stadtrat Stage würde den Antrag ablehnen. Das Ansinnen hinsichtlich Lärmschutz-/Graffitiwand findet er gut, aber das Zeichen was dadurch gesendet werde hält er für problematisch den Kindern und Jugendlichen gegenüber. Er folgt auch eher der Tendenz, dass Anwohner die viel später dazu kamen den Lärm aushalten müssen.

Stadtrat Hempel verweist auf die Aussagen vom Jugendamt, die das Ansinnen einer Lärmschutzwand befürworten. Eine Verringerung des Konfliktpotenzials sowie die Doppelnutzung als Graffitiwand könne dadurch entstehen. Dieses stehe für ihn im Vordergrund.

Abschließend geht **Herr Schütt** auf die fehlende Rechtsgrundlage für die Forderung nach einer Lärmschutzwand ein. Momentan müssen keine baurechtlichen Maßnahmen veranlasst werden.

Abstimmung zum Antrag A0211/21: 2-2-2 nicht empfohlen

9.1.1. Schallschutzwand für den Jugendtreff Hallenhausen
Vorlage: S0486/21

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Europäische Mobilitätswoche
Vorlage: A0006/22

Stadtrat Stern verlässt um 18:00 Uhr die Sitzung.

Stadträtin Linke erläutert den Antrag. Hier seien die Kommunen angesprochen und gefordert, stellt sie klar. Die Stadtverwaltung soll koordinierend unterstützen. Die Klimastabstelle der Stadt sehe das ihrer Erfahrung nach anders. Hier klemmt es in der Kommunikation. Aktionen usw. sollten dementsprechend unterstützt werden. Der VEP z.B. sollte mit Leben erfüllt werden. Die Nutzung der Presseabteilung, die Erstellung von Flyer u. ä. müsse professionalisiert werden.

Herr Rehbaum verweist auf bekannte „Knackpunkte“. Die Außenwirkung der Stabstelle Klima müsse sichtbar werden. Abstimmung dazu seien geplant.

Die Verwaltung habe sich immer als gleichberechtigter Partner gesehen, um den Eindruck einer Bevormundung durch die Verwaltung den ehrenamtlichen Vereinen / Vertretern gegenüber nicht entstehen zu lassen.

Dem Ehrenamt sollte so viel Freiraum wie möglich eingeräumt werden, die Balance zwischen Hauptamt und Ehrenamt gewahrt bleiben.

Stadtrat Stage geht auf die ganz schlechte Einbringung der Stellungnahme von Frau Hinze (Stabstelle Klima) im UwE ein.

Ihm sei keine andere Stadt bekannt wo nicht die Kommune die Mobilitätswoche durchführt. Die Kommune werde als Koordinator angesprochen. Es gehe um eine professionelle Koordinierung

als Unterstützung der Ehrenamtlichen. Hier stimmen die Aktionen und die Maßnahmen der Verwaltung nicht.

Stadtrat Dr. Grube stellt klar, dass die Europäische Mobilitätswoche seit 2002 eine Aufgabe der Kommune sei.

Er fragt nach was mit „Autofreier Tag“ gemeint sei. Ist das gesamte Stadtgebiet gemeint?

Stadträtin Linke verweist auf die Kategorienliste „Ideenkiste“ auf der Homepage des Umweltbundesamtes. Beispielhaft geht sie auf die Möglichkeit kurzfristig die Tangente umzunutzen ein.

Stadtrat Hempel findet die Intention gut, die Koordinierung durch die Stadt müsse erst „organisch“ wachsen. Er schlägt die Einbeziehung der GWA's vor. Das Einbringen der Projekte müsse beim Ehrenamt bleiben, aber die Stadt müsse den Rahmen setzen.

An einem gemeinsamen Wachsen werde ebenso gearbeitet wie an einer besseren Öffentlichkeitsarbeit, teilt **Herr Rehbaum** mit.

Für das Stichwort GWA äußert er sich dankbar.

Wie es besser gemacht werden kann, dazu verweist **Stadtrat Stage** beispielhaft auf die guten Umsetzungen der Thematik in Kassel bzw. Dresden.

Zum Änderungsantrag A0006/22/1 wird ein Änderungsantrag formuliert.

Abstimmung zum Antrag A0006/22: 4-1-0

9.2.1. Europäische Mobilitätswoche
Vorlage: A0006/22/1

Änderungsantrag A0006/22/1/1:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Änderungsantrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Magdeburger Europäische Mobilitätswoche zu koordinieren und mindestens eine Veranstaltung jeder Kategorie (Woche der Aktivitäten, Permanente Maßnahmen und Autofreier Tag) durchzuführen.

Konkret werden u.a. folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- *Aktionstag: Sicherer Schulweg zu Fuß und mit dem Rad (Kinder in Begleitung der Eltern).*
- *ÖPNV-Aktionstag: In Rücksprache mit der MVB könnte die Möglichkeit geprüft werden, für einen Tag kostenfreien ÖPNV, z. B. an einem verkaufsoffenen Sonntag/Stadtfest, anzubieten.*

Die Öffentlichkeitsarbeit soll über eine professionelle Stelle erstellt werden. Für die Umsetzung der städtischen Veranstaltungen sollten (in der Zukunft zusätzliche) Mittel aus dem Klimaschutzmanagement eingesetzt und für die nächsten Jahre in einem eigenen Haushaltstitel über 3.000 € vorgesehen werden.

Abstimmung: 3-0-2

Abstimmung zum Antrag A0006/22/1: 3-0-2 empfohlen mit Änderungsantrag

9.2.2. Europäische Mobilitätswoche
Vorlage: S0055/22

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Wärmeplanung für Magdeburg
Vorlage: A0032/22

Stadtrat Hempel geht auf die Fördermittelsituation ein und wundert sich über die Stellungnahme der Verwaltung. Im Masterplan 100 % Klimaschutz habe die Verwaltung dieses festgeschrieben. Mit dem Antrag soll das Verfahren etwas angeschoben werden in Bezug auf Verkehr, Wärme bzw. Industrie.

Stadtrat Stage kann der Stellungnahme der Verwaltung ebenfalls nicht folgen.

Herr Rehbaum verweist auf die Personalsituation. Der Aufwand und Nutzen müsse dementsprechend abgewogen werden. Langwierige Untersuchungen binden Mitarbeiter*innen z.B. für die Dokumentation des „Ist-Zustand“. Er empfiehlt eine Fokussierung auf Neubauten bzw. quartiersbezogene Untersuchungen bzw. Begleitungen.

Stadträtin Linke habe sich sehr über die Stellungnahme der Verwaltung geärgert. Sie berichtet von der heutigen Eröffnung eines kommunalen Kompetenzzentrums in Halle. LENA könne bei der Fördermittelbeantragung behilflich sein. Das Embargo zwingt zum Umdenken.

Stadtrat Hempel wirbt für den Antrag. Eine Chance auf die Förderung von 1 – 2 Stellen werde dadurch gesehen, die Chance durch Fördermittel sei damit groß.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für eine Ergänzung des Antrages aus. Des Weiteren fragt er, wie kann eine kommunale Wärmeplanung auf den Privaten einwirken? Er verweist auf bereits umfangreiche Angebote an Informationen durch LENA, DENA, KfW....

Stadtrat Hempel verweist auf den Mehrwert der bei einer möglichen Umstellung der Heizanlage z.B. bei einem Einfamilienhaus gegeben sein werde.

Stadtrat Stage unterstreicht die Wichtigkeit von Kartierungen und bittet den Antrag als Startschuss zu werten und zuzustimmen.

Stadtrat Mertens hält alles nur für eine Unterstützung bei der Jobsicherung der LENA-Agentur. Er spricht sich dagegen aus, Leute zu Dingen zu nötigen und er werde den Antrag ablehnen.

Stadträtin Linke verweist auf die Landesagentur LENA die zur Beratung für die Bürger*innen da sei. Sie verweist auf Wissensdefizite zu alternativen Heiz- und Energiesystemen bei der Stadt. Es gehe darum, wo könne z.B. Erdwärme gewonnen und genutzt werden, im Stadtgebiet. Sie vermisst ein Konzept unter Einbeziehung der SWM, z.B. in Bezug auf die Möglichkeit von Blockheizkraftwerken.

Herr Rehbaum werde objektbezogen/quartiersbezogen dazu berichten.

Stadtrat Hempel spricht sich für einen zeitnahen Beginn einer Wärmeplanung/Kartierung aus.

Stadtrat Dr. Grube hält Geothermie/Luftwärmepumpen Erdwärmennutzung für sinnvoll. Kritik übt er an den Äußerungen von **Stadtrat Mertens** zur Landesagentur LENA.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat Punkt 1 wie folgt zu ergänzen (fett):

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass für die Landeshauptstadt Magdeburg eine kommunale Wärmeplanung erstellt wird. **Dies kann Schritt für Schritt quartiersweise erfolgen.** Die Förderquote der Kommunalrichtlinie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz für eine derartige Planung (Fokuskonzept Wärme) liegt augenblicklich bei bis zu 80% und sollte entsprechend genutzt werden.

Abstimmung: 4-0-1

Abstimmung zum Antrag A0032/22: 4-1-0

9.3.1. Wärmeplanung für Magdeburg
Vorlage: S0072/22

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.4. Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz
und Lebensqualität in den Stadtteilen
Vorlage: A0206/21

Stadtrat Dr. Grube ärgert sich über die Stellungnahme der Verwaltung. Er geht auf obere und untere Verkehrsbehörde ein, eine Änderung der StVO die kommen muss sowie die Möglichkeit einer quartiersbezogenen Anordnung von Tempo 30.

Frau Dr. Kretschmann geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Verkehrsbehörde handele nach den derzeitigen einschlägigen Richtlinien.

Stadtrat Dr. Grube musste feststellen, dass die Richtlinien nicht einheitlich ausgelegt werden. In Sachsen-Anhalt gebe es eine restriktive Handhabung bei der Auslegung der Richtlinien.

Stadtrat Hempel verweist auf die immer größere Verkehrsbelastung = Lärmbelastung für die Anwohner. Mehr Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen seien sinnvoll.

Stadtrat Stage spricht sich für eine Zustimmung und die Abstimmung aus.

Abstimmung zum Antrag A0206/21: 4-0-1

- 9.4.1. Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität in den Stadtteilen
Vorlage: S0060/22
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 9.5. Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Stadtfeld Ost
Vorlage: A0250/21
-

Herr Dr. Lerm bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Er verweist auf viele Tempo-30-Zonen in Stadtfeld und geht auf den konkreten Einzelfall hier ein. Ein Konzept um die Arndstraße herum werde erstellt. Innerhalb der benannten Hauptachsen werde damit Tempo-30 ermöglicht.

Stadtrat Dr. Grube geht auf die bereits vorhandenen Tempo-30-Zonen ein, die außer in der Arndstraße bereits bestehen.

Herr Dr. Lerm bedankt sich für die Richtigstellung/Erläuterung bei **Stadtrat Dr. Grube**.

Stadtrat Hempel verweist auf eine schwierige Situation an der Arndstraße und die Gegebenheiten vor Ort (Pflegeheime).

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat „innerhalb“ durch „zwischen“ zu ersetzen:

Der Antrag lautet nun wie folgt:

*Der Oberbürgermeister wird gebeten, ein Verkehrskonzept für Stadtfeld Ost anzustoßen, das insbesondere eine allgemeine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h auf allen Straßen ~~innerhalb~~ **zwischen** der Hauptachsen Westring/Europaring – Albert-Vater-Straße – Tangente – Liebknechtstraße enthält.*

Abstimmung: 5-0-0

Abstimmung zum Antrag A0250/21: 4-0-1 empfohlen mit Änderungsantrag

- 9.5.1. Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Stadtfeld Ost
Vorlage: S0076/22
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.6. Abriss des SWM-Stromverteilerhauses am Eiskellerplatz
Vorlage: A0013/22

Abstimmung zum Antrag A0013/22: 3-0-2

9.6.1. Abriss des SWM-Stromverteilerhauses am Eiskellerplatz
Vorlage: S0045/22

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.7. Konkreter Maßnahmen-/Umsetzungsplan für Sudenburg
Vorlage: A0014/22

Abstimmung zum Antrag A0014/22: 1-0-4

9.7.1. Konkreter Maßnahmen-/Umsetzungsplan für Sudenburg
Vorlage: S0046/22

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.8. Aufstellung von Wartehäuschen an der neu eröffneten
Straßenbahnstrecke im Kannenstieg
Vorlage: A0252/21

Die Einbringung und Diskussion zur Stellungnahme erfolgten nichtöffentlich.

Sitzungsunterbrechung von 18:50 Uhr bis 19:10 Uhr und Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Antrag wie folgt zu ersetzen:

1. *Der Stadtrat spricht sich für eine ~~sofortige~~ **schnellstmögliche** Errichtung von Wartehäuschen an der neu eröffneten MVB-Strecke aus.*
2. ***Der Oberbürgermeister wird gebeten nach der Neuvergabe der Werberechte mit dem Konzessionär eine sofortige Errichtung von Fahrgastunterständen im Kannenstieg zu verhandeln.***

Abstimmung: 5-0-0

Abstimmung zum Antrag A0252/21: 5-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

10. Informationen

10.1. Umsetzungsstand Klimabaumallee Europaring
Vorlage: I0019/22

Stadträtin Linke kritisiert den sehr schlechten Zustand nach den erfolgten Baumpflanzungen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Elberadweg Abschnitt Klosterberggarten
Teilrückbau, sowie Umgestaltung und Neuanbindung eines
Gehweges
Vorlage: I0044/22

Stadtrat Mertens verlässt um 19:15 Uhr die Sitzung.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.3. Finanzierung der Baumaßnahme "Grundhafte Instandsetzung
Geh- u. Radwegbrücke am Cracauer Wehr" (Wasserfallbrücke)
Vorlage: I0224/21

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.4. Regionaler Entwicklungsplan (REP) Entwurf Sachlicher Teilplan
– Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur
Vorlage: I0021/22

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.5. Sachberichte der Geschäftsstraßen- und Stadtteilmanager/-
innen für das Jahr 2021
Vorlage: I0037/22

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 10.6. Magdeburger Standard - Prioritätenliste - Herstellung
barrierefreier Straßenbahnhaltestellen
Vorlage: I0047/22
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 10.7. Neugestaltung des Platzensembles Alter Markt in Magdeburg
Vorlage: I0051/22
-

Stadtrat Hempel fragt, stimmt es das der Wettbewerb das Ausschreibungsverfahren ersetze.

Herr Dr. Lerm geht auf die Thematik Wettbewerb ein. Eine Umsetzung 1 zu 1 werde nie erfolgen können. Der Entwurf des Preisträgers sollte sich in der Umsetzung des Wettbewerbs aber wiederfinden.

Stadtrat Dr. Grube sieht Probleme hinsichtlich Verkehrsberuhigung, geht auf die asymmetrische Doppelbaumreihe ein und bittet dieses alles noch vor der Ausschreibung zu klären. In der Entwurfsplanung wurden diese Probleme nicht zufriedenstellend geklärt. Die Planung beinhaltet keine verkehrsrechtliche Anordnung, stellt **Herr Dr. Lerm** klar. Das weitere Verfahren werde mit einer weiteren Information erläutert.

Stadtrat Dr. Grube sieht noch immer Abstimmungsbedarf bezüglich der Verkehrsführung.

Stadträtin Linke hinterfragt die Beteiligung der Stadträte, sie kann dazu keinen Zeitplan finden.

Herr Dr. Lerm verweist auf die Möglichkeit im Zuge der Übergabe des Vorentwurfs an das Tiefbauamt eine mögliche Einbeziehung der Stadträte.

Herr Rehbaum sieht die Überarbeitung des Nutzungskonzeptes ebenfalls gegeben unter Einbeziehung der Weihnachtsmarkt GmbH.

Abschließend verweist **Stadtrat Hempel** noch einmal auf die Aufgabenstellung.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

11. Verschiedenes
-

Stadträtin Linke erkundigt sich nach dem Stand zum Rahmenplan Innenstadt.

Der Rahmenplan Innenstadt und das Hochhauskonzept sollen parallel ins Verfahren gehen. Die Drucksachen müssen noch dem Oberbürgermeister vorgestellt werden, teilt **Herr Rehbaum** mit.

Stadträtin Linke kritisiert den Standort der Baustellenampel im Kreuzungsbereich Ernst-Reuter-Allee/Otto-von-Guericke-Straße. Die Bedarfsampel steht genau auf dem Blindenleitstreifen bzw. dem Radweg, teilt sie mit.

Herr Fuß verweist auf eine Installation der Ampel genau in der Achse. Die vorhergehende Ampel stand genau dort, eine Kennzeichnung im Fundamentbereich sei erfolgt. Eine entsprechende Anfrage liegt **Herrn Fuß** bereits vor.

12. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee
-

Herr Fuß erläutert anhand der Power Point Präsentation den aktuellen Stand der Baumaßnahme.

Stadträtin Linke hinterfragt den Zeitplan zum ÖPNV sowie zur Radwegfreigabe. Zielstellung sei es mit dem Ende der Sommerferien (Ende August) Geh- und Radweg auf der Nordseite fertigzustellen/freizugeben und gleichzeitig die Haltestelle Kölner Platz Nordseite, informiert **Herr Fuß**.

Die Auf- und Abfahrten zum Magdeburger Ring sollen ebenfalls gleichzeitig oder etwas zeitversetzt freigegeben werden.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Corina Nürnberg
Schriftführerin